

A N H A N G

zum Jahresabschluss für das Geschäftsjahr vom 01. Januar bis 31. Dezember 2016

I. Allgemeines

Für das Rechnungswesen samt Jahresabschluss der Industrie- und Handelskammern sind nach § 3 Abs. 7a IHKG die Grundsätze kaufmännischer Rechnungslegung und Buchführung in sinngemäßer Weise nach dem Dritten Buch des Handelsgesetzbuches in der jeweils geltenden Fassung anzuwenden. Das Nähere wird durch Satzung unter Beachtung der Grundsätze des staatlichen Haushaltsrechts geregelt.

Die Industrie- und Handelskammer Koblenz führt ihre Rechnungslegung auf der Grundlage des durch die Vollversammlung beschlossenen Finanzstatuts sowie den dazu vom Präsident und Hauptgeschäftsführer erlassenen Richtlinien. Seit dem 01.01.2014 gilt das neue Finanzstatut der IHK Koblenz, welches am 22. August 2013 von der Vollversammlung beschlossen und vom Ministerium für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie- und Landesplanung am 19. November 2013 genehmigt wurde.

Die Regelungen und Ausführungen des Finanzstatuts folgen grundsätzlich den für alle Kaufleute geltenden Rechnungsvorschriften (§§ 238 bis 257, 284 bis 286 und 289 HGB sowie Artikel 28, 66 und 67 EGHGB) unter Berücksichtigung der Aufgabenstellung und Organisation der Industrie- und Handelskammern und ihrer Einbindung in das öffentliche Haushaltsrecht.

Die IHK Koblenz hat den Jahresabschluss, bestehend aus Bilanz, Erfolgs- und Finanzrechnung sowie Plan-Ist-Vergleich nach dem Gesetz zur vorläufigen Regelung des Rechts der Industrie- und Handelskammern (IHKG) und den Bestimmungen des Finanzstatuts (FS) in Verbindung mit den Richtlinien zur Ausführung des Finanzstatuts (RFS), den Grundsätzen des öffentlichen Haushaltsrechts und der sinngemäßen Anwendung der Vorschriften des 3. Buches des Handelsgesetzbuches (HGB) aufgestellt. Nach § 15 Abs. 2 FS hat die IHK ergänzend einen Anhang und einen Lagebericht erstellt.

II. Angaben zu den Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

2.1. Bilanzierungsmethoden

Hinsichtlich der Darstellung der Vermögenswerte, Schulden, Erträge und Aufwendungen sowie sonstiger Werte gelten die Bestimmungen des Finanzstatuts, insbesondere die als Anlagen zum Finanzstatut erlassenen Gliederungsschemata.

2.2. Bewertungsmethoden

AKTIVA

A. Anlagevermögen

Gegenstände des Anlagevermögens, deren Nutzung zeitlich begrenzt ist, werden planmäßig abgeschrieben. Die Abschreibungen, die sich an den steuerlich anerkannten AfA-Tabellen orientieren, entsprechen den betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauern der Vermögensgegenstände bei der IHK Koblenz. Sie beträgt für immaterielle Vermögensgegenstände bis zu fünf Jahren, für Gebäude zwischen 25 und 50 Jahren und für Geschäftsausstattung überwiegend zwischen drei und elf Jahren.

I. Immaterielle Vermögensgegenstände

Die immateriellen Vermögensgegenstände werden zu den Anschaffungskosten abzüglich planmäßiger Abschreibungen bilanziert. Die Zugänge in 2016 sind zu Anschaffungskosten bewertet worden.

II. Sachanlagen

Die Sachanlagen werden einzeln grundsätzlich zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten abzüglich planmäßiger Abschreibungen bilanziert. Die Zugänge in 2016 sind zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten bewertet worden.

Die Grundstücke wurden zum 1. Januar 2005 bezogen auf den Grund und Boden mit dem maßgeblichen Bodenrichtwert und bezogen auf die Gebäude nach dem Ertrags- und Sachwertverfahren bewertet. Die nach dem genannten Datum erworbenen Grundstücke sowie angeschafften bzw. erstellten Gebäude sind zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten bewertet.

Für Kunstgegenstände sind periodisch planmäßige Abschreibungen nicht vorgesehen.

Die Vermögensgegenstände mit Anschaffungs- und Herstellungskosten bis EUR 150 zzgl. MwSt wurden im Jahr der Anschaffung vollständig als sonstige betriebliche Aufwendungen erfasst. Bei Vermögensgegenständen mit Anschaffungs- und Herstellungskosten über EUR 150 zzgl. MwSt bis EUR 1.000 zzgl. MwSt wurde analog steuerlicher Grundsätze ein Sammelposten gebildet und einheitlich über fünf Jahre abgeschrieben.

III. Finanzanlagen

Die Finanzanlagen werden mit den Anschaffungskosten, maximal zum Nominalwert bzw. bei voraussichtlich dauerhafter Wertminderung zu dem niedrigeren beizulegenden Wert bewertet.

Die Beteiligungen und die sonstigen Ausleihungen wurden grundsätzlich zum Nominalwert und in einem Fall mit dem Erinnerungswert von EUR 1,00 bilanziert.

Die Entwicklung des Anlagevermögens ergibt sich aus Anlage 1/6/1.

B. Umlaufvermögen

I. Vorräte

Die Bewertung erfolgte zu letzten Einstandspreisen.

II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände

Bei den Forderungen und sonstigen Vermögensgegenständen werden die Forderungen aus laufenden Beiträgen in pauschalierter Form nach dem Schema des IHK/DIHK - Arbeitskreises kaufmännisches Rechnungswesen und Controlling im DIHK einzelwertberichtigt und somit zum niedrigeren beizulegenden Wert angesetzt.

Geschäftsjahr	HR	KGT
Aktuell	0 %	10 %
Vorjahr	70 %	90 %
Übrige Vorjahre	100 %	100 %

Die Forderungen aus Beiträgen beinhalten bescheidfähige, aber noch nicht beschiedene Beiträge, die im Folgejahr 2017 auf Basis von bis Dezember 2016 aktualisierten Gewerbeerträgen ertragswirksam veranlagt werden.

Bei den Forderungen aus Gebühren und Entgelten wurde eine Pauschalwertberichtigung von 3,0 % vorgenommen. Die sonstigen Vermögensgegenstände werden zum Nominalbetrag ausgewiesen, da kein Grund für Einzel- oder Pauschalwertberichtigungen bestand.

III. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten und Schecks

Die flüssigen Mittel sind mit ihrem Nominalbetrag ausgewiesen.

C. Rechnungsabgrenzungsposten

Als Rechnungsabgrenzungsposten sind auf der Aktivseite Ausgaben vor dem Stichtag der Bilanz mit dem Nominalwert ausgewiesen, soweit sie Aufwand für eine bestimmte Zeit nach diesem Stichtag darstellen.

PASSIVA

A. Eigenkapital

I. Nettosition

Die Nettosition blieb mit EUR 21.000.000,00 gegenüber dem Vorjahr unverändert.

II. Ausgleichsrücklage

Das Finanzstatut verpflichtet zur Bildung einer Ausgleichsrücklage unter Beachtung des haushaltsrechtlichen Gebots der Schätzgenauigkeit. Die Rücklage kann gemäß § 15 a Abs. 2 FS bis zu 50 % bezogen auf die für das jeweilige Geschäftsjahr geplanten Aufwendungen betragen. Sie ist dafür bestimmt bei ergebniswirksamen Schwankungen der geplanten Erträge und/oder Aufwendungen die wirtschaftliche Handlungsfähigkeit der IHK aufrecht zu erhalten. Basis für die Dimensionierung der Ausgleichsrücklage bildet eine Risikoanalyse und –bewertung. Ausgangspunkt bildet die Ermittlung aller Risiken. Einbezogen werden ausschließlich Sachverhalte, die nicht bereits durch Wirtschaftsplan, Versicherungen, Rücklagen sowie Rückstellungen abgedeckt sind. Die Schadenshöhe wird mittels Eintrittswahrscheinlichkeiten und Schadensbändern bestimmt. Die Ermittlung der Dotierungshöhe der Ausgleichsrücklage erfolgt durch Simulationsverfahren mit einer von Wirtschaftsprüfern testierten Softwarelösung. Die Vollversammlung hat in der Sitzung vom 6. Dezember 2016 nach Vorlage einer Risikoanalyse beschlossen, in 2017 rückwirkend für 2013 durch eine geänderte Wirtschaftssatzung die Ausgleichsrücklage um rund 6 Mio. € abzuschmelzen.

III. Andere Rücklagen

Die Liquiditätsrücklage diene der Aufrechterhaltung einer ordentlichen Kassenwirtschaft ohne Inanspruchnahme von Krediten. Sie konnte gemäß § 15 Abs. 3 Satz 2 FS (alte Fassung) bis zu 50 % der geplanten Betriebsaufwendungen betragen. Sie ist bis spätestens 31. Dezember 2018 zu verwenden. Im Geschäftsjahr erfolgte gemäß Beschluss der Vollversammlung die Komplettauflösung der Rücklage.

Die sonstigen Rücklagen wurden gemäß § 15a Abs. 2 Satz 3 bis 5 FS zweckgebunden gebildet.

B. Rückstellungen

Bei der Bemessung der gemäß dem Finanzstatut in Verbindung mit § 249 HGB zu bildenden Rückstellungen wurde allen erkennbaren Risiken angemessen und ausreichend Rechnung getragen.

Die Bewertung der Pensions-, Jubiläums-, und Beihilferückstellungen ist auf der Basis versicherungsmathematischer Gutachten grundsätzlich nach dem modifizierten Teilwertverfahren (Jubiläen nach der Project-Unit-Credit-Methode) erfolgt. Die Pensionsrückstellungen wurden pauschal mit dem von der Deutschen Bundesbank für den Dezember 2016 veröffentlichten durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen zehn Jahre (gesetzliche Anpassung, bis 2015 sieben Jahre) abgezinst, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt. Dieser maßgebliche Zinssatz zum Bilanzstichtag beträgt 4,01 % (Vj. 3,89 %) Die Jubiläums- und Beihilferückstellungen wurden pauschal mit den von der Deutschen Bundesbank für den Dezember 2016 veröffentlichten durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Jahre abgezinst, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt. Er beträgt 3,24 % (VJ 3,89 %). Bei der Bewertung der Rückstellungen wurde ein Gehaltstrend von 3,5 % und ein Rententrend von 2,5 % berücksichtigt. In Höhe des Unterschiedsbetrages von 1.149.858 € gemäß § 253 Abs. 6 HGB wurde eine Zinsausgleichsrücklage gebildet.

Die übrigen Rückstellungen wurden auf Basis interner Kostenzusammenstellungen zu den erwarteten Vollkosten mit dem Erfüllungsbetrag ermittelt.

Bei der Rückstellung für die Archivierung aufbewahrungspflichtiger Unterlagen hat die IHK Koblenz vom Beibehaltungswahlrecht nach Art. 67 Abs. 1 Satz 2 EGHGB Gebrauch gemacht. Der Betrag der Überdeckung der Rückstellung zum 31.12.2016 beträgt TEUR 44.

C. Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten sind gemäß § 253 Absatz 1 Satz 2 HGB mit ihrem Erfüllungsbetrag angesetzt.

III. Erläuterungen zur Bilanz

Anlagevermögen

Hinsichtlich des Anlagevermögens wird zusätzlich auf den als Anlage beigefügten Anlagespiegel verwiesen (Anlage 1/6/1).

Das **immaterielle Anlagevermögen** besteht aus verschiedenen Softwareprogrammen und -lizenzen.

Die **Sachanlagen** betreffen im Wesentlichen:

- Die Grundstücke und Gebäude werden mit TEUR 9.012 angesetzt:

		<u>31.12.2016</u>	<u>31.12.2015</u>
		TEUR	TEUR
Koblenz	Schlossstraße	1.650	1.689
Koblenz	Casinostraße	1.035	1.074
Koblenz	Neustadt 13	1.103	1.136
Koblenz	Neustadt 12	2.702	2.777
Koblenz	Josef-Görres-Platz	615	626
Koblenz	Gerichtsstraße	319	324
Neuwied	Andernacher Straße	680	694
Idar-Oberstein	Hauptstraße	407	423
Idar-Oberstein	Mainzer Straße	65	66
Bad Kreuznach	Hochstraße	195	206
Bad Kreuznach	John-F.-Kennedy-Str.	<u>241</u>	<u>241</u>
		<u>9.012</u>	<u>9.256</u>

- Die Betriebs- und Geschäftsausstattung von TEUR 1.184 setzt sich zusammen aus:

	<u>31.12.2016</u>	<u>31.12.2015</u>
	TEUR	TEUR
Büromöbel und sonstige Geschäftsausstattung	580	675
Kunstgegenstände	455	455
EDV-Hardware	69	99
EDV-Sicherheitsraum	37	52
Fuhrpark	<u>43</u>	<u>70</u>
	<u>1.184</u>	<u>1.351</u>

- Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau

	<u>31.12.2016</u>	<u>31.12.2015</u>
	TEUR	TEUR
Bad Kreuznach, John-F.-Kennedy-Str.	1.722	193
Bad Neuenahr-Ahrweiler	698	0
Neuwied, Andernacher Straße	<u>948</u>	<u>185</u>
	<u>3.368</u>	<u>378</u>

Finanzanlagen

Die durch die Industrie- und Handelskammer Koblenz gehaltenen **Beteiligungen** betreffen:

Anteile unter 20 %	Anteil IHK Koblenz EUR	Stammkapital EUR	Anteil in %
IHK-Gfl Gesellschaft für Informations- verarbeitung mbH, Dortmund	8.920,00	1.000.000,00	0,89
Rheinland-Pfalz Tourismus GmbH, Koblenz	6.000,00	100.000,00	6,00
Bürgschaftsbank Rheinland-Pfalz GmbH, Mainz	<u>1,00</u>	10.357.643,00	1,213
	<u>14.921,00</u>		

Die Bürgschaftsbank Rheinland-Pfalz GmbH ist Rechtsnachfolgerin der „Einlage Sonderhaftungsfonds Beteiligungsgarantien und Kreditgesellschaften“. Die Bewertung erfolgt mangels Veräußerbarkeit der Anteile unverändert zum Erinnerungsposten.

Die **Wertpapiere des Anlagevermögens** dienen, soweit sie nicht zur Refinanzierung der bei den Pensionsrückstellungen ausgewiesenen Pensionsverpflichtungen gebunden sind, vorrangig der finanziellen Unterlegung der verbindlich vorgeschriebenen Ausgleichsrücklage und der anderen Rücklagen sowie der Rückstellungen. Neben Wertpapieren werden auch Termin- und Festgelder ausgewiesen. Der Rückgang der Wertpapiere des Anlagevermögens um TEUR 11.956 gegenüber dem Vorjahr erfolgte im Rahmen der Planung zum Ausgleich des negativen Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit und zur Finanzierung der Investitionen.

Bei den **sonstigen Ausleihungen** handelt es sich um einen von der Unterstützungskasse deutscher Wirtschaftsorganisationen e. V. (UKDW), Langenfeld, verwalteten Fonds zur anteiligen Rückdeckung der Pensionsverpflichtungen.

Umlaufvermögen

Die **Vorräte** beinhalten den Wein- und Pelletsvorrat sowie Büromaterial.

Die **Forderungen** resultieren aus Forderungen aus Beiträgen (TEUR 1.998) sowie Gebühren und Entgelten (TEUR 150). Bei den Forderungen aus Beiträgen sind noch nicht veranlagte Beiträge (Vertaufhellung) (TEUR 1.119) enthalten.

Die **sonst**

igen Vermögensgegenstände betreffen hauptsächlich Zinsforderungen.

Die **flüssigen Mittel** betreffen mit TEUR 3.494 Bankguthaben.

Die **aktiven Rechnungsabgrenzungsposten** betreffen im Wesentlichen Ausgaben für Aufgabensätze für schriftliche und praktische Abschluss- und Zwischenprüfungen, die Anfang 2017 durchgeführt werden.

Eigenkapital

Die **Nettosition** beträgt TEUR 21.000.

Ausgleichsrücklage

Die Ausgleichsrücklage erreicht mit ihrem Bestand von EUR 8.052.281,93 39,8% (VJ 37,8%) der geplanten Aufwendungen für das Geschäftsjahr.

Andere Rücklagen

Die anderen Rücklagen beinhalten folgende Rücklagen:

	<u>31.12.2016</u> EUR	<u>31.12.2015</u> EUR	<u>Veränderung</u> EUR
Liquiditätsrücklage	0,00	6.820.007,47	-6.820.007,47
Sonstige Rücklagen			
- Renovierungsrücklage	0,00	157.583,76	-157.583,76
- Allgemeine Organisationsrücklage	0,00	726.058,23	-726.058,23
- Immobilienrücklage	2.985.350,77	2.985.350,77	0,00
- Rücklage Gebäudefinanzierungen	2.926.700,00	3.006.400,00	-79.700,00
- Rücklage WHU-Stiftungslehrstuhl	664.000,00	1.374.000,00	-710.000,00
- Rücklage Ausbau GLW Neuwied	2.604.300,00	3.097.000,00	-492.700,00
- Rücklage „Stiftungsprofessur“ Hochschule Koblenz	500.000,00	0,00	500.000,00
- Zinsausgleichsrücklage	<u>1.149.858,00</u>	<u>0,00</u>	<u>1.149.858,00</u>
	<u>10.830.208,77</u>	<u>11.346.392,76</u>	<u>-516.183,99</u>
	<u>10.830.208,77</u>	<u>18.166.400,23</u>	<u>- 7.336.191,46</u>

Aus der Liquiditätsrücklage wurden planmäßig TEUR 6.820 zur Fehlbetragsdeckung 2016 entnommen. Sie ist somit bereits vor dem festgelegten Termin 31.12.2018 verwendet.

Die Renovierungsrücklage in Höhe von TEUR 158 und die Allgemeine Organisationsrücklage in Höhe von TEUR 726 wurden gemäß Nachtragswirtschaftsplan 2016 aufgelöst und zum Ausgleich des negativen Ergebnisses 2016 verwendet.

Aus der Rücklage Gebäudefinanzierung wurde eine planmäßige Entnahme in Höhe von TEUR 80 vorgenommen, in Höhe der Abschreibungen auf das Gebäude Koblenz, Neustadt 12.

Die Entnahme von TEUR 710 aus der Rücklage WHU-Stiftungslehrstuhl dient der Finanzierung der im Geschäftsjahr angefallenen Aufwendungen (295 TEUR) sowie der Anpassung der Rücklage unter der Berücksichtigung der zugesagten Mittel von Zustiftern (415 TEUR).

Der Rücklage Ausbau GLW Neuwied wurden (laut Nachtragswirtschaftsplan 2016) aus TEUR 908 entnommen und gleichzeitig für die teilweise Deckung von zu erwarteten Mehrkosten sowie die zusätzlich vorzunehmende Erneuerung des Metallaußenlagers TEUR 415 zugeführt.

Neu gebildet wurde die Rücklage „Stiftungsprofessur“ Hochschule Koblenz über 500 TEUR. Die IHK-Vollversammlung hat in ihrer Sitzung am 27.06.2016 eine Zuwendung an die Hochschule Koblenz zur Finanzierung einer „Stiftungsprofessur“ im Umfang von 100 TEUR jährlich für eine Laufzeit von 5 Jahren ab 2017 beschlossen.

Außerdem wurde in Höhe des Unterschiedsbetrag gemäß § 253 Abs. 6 HGB infolge der gesetzlich geänderten Bewertung der Pensionsrückstellungen gemäß der von der Deutschen Bundesbank veröffentlichte durchschnittliche Marktzinssatz mit der Verlängerung des Zins-Bezugszeitraumes von 7 auf 10 Jahre eine Zinsausgleichsrücklage gebildet.

Insgesamt wurde durch den weiteren Abbau der anderen Rücklagen in Höhe von TEUR 7.336 der von der Vollversammlung am 21. November 2012 beschlossenen sogenannten Beitragsentlassungspfad im Jahr 2016 fortgeführt. Bis 2018 sollen die zweckgebundenen Rücklagen bis auf TEUR 3.804 zurückgeführt werden.

Ergebnis

Das Ergebnis 2016 in Höhe von -23 TEUR soll vorgetragen werden. Darüber hat die Vollversammlung noch zu beschließen.

Rückstellungen

Die gestiegene Inanspruchnahme von Beihilfeleistungen hat zu einer wesentlichen Erhöhung der Beihilfe- Rückstellungsberechnung geführt.

Außerdem ist für bereits zugesagte, aber noch nicht abgerufene Leistungen aus dem IHK-Weiterbildungsfonds, der Mitte 2016 ausgelaufen ist, eine Erhöhung der Rückstellung erforderlich. Die zugesagten Mittel können teilweise noch bis Ende 2019 abgerufen werden.

Im Übrigen wird auf den Rückstellungsspiegel Anlage 1/6/2 verwiesen.

Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten weisen folgende Restlaufzeiten auf:

	Gesamtbetrag 31.12.2016 EUR	unter 1 Jahr EUR	1-5 Jahre EUR	mehr als 5 Jahre EUR	Gesamtbetrag 31.12.2015 EUR
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	524.236,58	524.236,58	0,00	0,00	774.750,59
Sonstige Verbindlichkeiten	853.732,72	853.732,72	0,00	0,00	988.402,68
	<u>1.377.969,30</u>	<u>1.377.969,30</u>	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>	<u>1.763.153,27</u>

Die **Sonstigen Verbindlichkeiten** umfassen mit TEUR 839 im Wesentlichen Verbindlichkeiten aus Guthaben von IHK-Zugehörigen, die aus Korrekturen von Vorauszahlungen aus IHK-Beiträgen wegen nachträglicher Erhebung / Festsetzung der Bemessungsgrundlagen resultieren sowie Verbindlichkeiten aus nach dem Bilanzstichtag veranlagten, bis Dezember 2016 aktualisierten Gewerbeerträgen.

IV. Erläuterungen zur Erfolgsrechnung

Außerplanmäßige Abschreibungen/Zuschreibungen

Außerplanmäßige Abschreibungen oder Zuschreibungen sind im Berichtsjahr nicht angefallen.

Periodenfremde Erträge und Aufwendungen

Als periodenfremde Erträge sind TEUR 14 angefallen. Sie setzen sich im Wesentlichen aus einer Mieterstattung (9 TEUR) sowie aus der Teilerstattung für Veranstaltungszuschüsse der Wirtschaftsjuvenoren Rhein-Ahr (2 TEUR) zusammen.

Periodenfremde Aufwendungen wurden in 2016 keine gebucht.

Außerordentliche Erträge und Aufwendungen

Außerordentliche Erträge und Aufwendungen sind im Berichtsjahr nicht angefallen.

V. Erläuterungen zur Finanzrechnung

Die Finanzrechnung zeigt den Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit von TEUR - 6.469.

Der Cashflow aus der Investitionstätigkeit von TEUR - 8.702 ergibt sich als Saldo zahlungswirksamer Investitionen sowie Desinvestitionen des Geschäftsjahres (siehe Anlage 1/6/4).

Somit ergibt sich eine zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestandes (sog. Cashflow gesamt) von TEUR 2.233.

VI. Erläuterungen der wesentlichen Abweichungen vom Plan- zum Istwert der Erfolgsrechnung (siehe Anlage 1/6/3)

Pos. 1 - Erträge aus Beiträgen

Plan	9.200 TEUR
<u>IST</u>	<u>8.951 TEUR</u>
Abweichung	- 249 TEUR

Gegenüber dem Planansatz wurden TEUR 249 weniger erfolgswirksam erfasst. Hier traf der erwartete Rückgang bei den endgültig abzurechnenden Vorjahresbeiträgen höher ein als angenommen.

Pos. 2 - Erträge aus Gebühren

Plan	2.907 TEUR
<u>IST</u>	<u>2.910 TEUR</u>
Abweichung	+ 3 TEUR

Pos. 3 - Erträge aus Entgelten

Plan	70 TEUR
<u>IST</u>	<u>56 TEUR</u>
Abweichung	- 14 TEUR

Die zusätzlichen Erlöse aus dem neu aufgenommenen Adressverkauf sowie den Verkauf von Schuldnerverzeichnissen sind nicht im erwarteten Umfang eingetroffen.

Pos. 6 - sonstige betriebliche Erträge

Plan	344 TEUR
<u>IST</u>	<u>412 TEUR</u>
Abweichung	+ 68 TEUR

Die positive Abweichung gegenüber dem Planansatz resultiert im Wesentlichen aus Erstattungen aus Weiterbelastungen.

Pos. 7 - Sachaufwand

Pos. 7a - Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren

Plan	1.073 TEUR
<u>IST</u>	<u>1.055 TEUR</u>
Abweichung	- 18 TEUR

Es wurden weniger Prüfungsmittel als geplant benötigt.

Pos. 7b - Aufwendungen für bezogene Leistungen

Plan	2.113 TEUR
<u>IST</u>	<u>2.161 TEUR</u>
Abweichung	+ 48 TEUR

Im Bereich der Aufwendungen für Druckaufträge wurde mehr benötigt als geplant. Außerdem gab es Mehraufwendungen bei den Prüferentschädigungen.

Pos. 8 - Personalaufwand

Pos. 8a - Gehälter

Plan	7.511 TEUR
<u>IST</u>	<u>7.366 TEUR</u>
Abweichung	- 145 TEUR

Die Minderaufwendungen beruhen u.a. auf einer teilweise zeitverzögerten Besetzung von Stellen.

Pos. 8b - Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung

Plan	1.555 TEUR
<u>IST</u>	<u>1.941 TEUR</u>
Abweichung	- 386 TEUR

Die Abweichung resultiert im Wesentlichen durch Veränderungen / Anpassungen von Rückstellungen für Pensionen und Beihilfen.

Pos. 9 - Abschreibungen

Pos. 9a - Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen

Plan	673 TEUR
<u>IST</u>	<u>608 TEUR</u>
Abweichung	- 65 TEUR

Geringerer Bedarf bei Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände (TEUR 38), bei Abschreibungen auf Gebäude und Gebäudeeinrichtungen (TEUR 13) und Abschreibungen auf Betriebs- und Geschäftsausstattung (TEUR 14).

Pos. 10 - sonstige betriebliche Aufwendungen

Plan	6.669 TEUR
<u>IST</u>	<u>6.258 TEUR</u>
Abweichung	- 411 TEUR

Gegenüber der Planung wurden saldiert TEUR 411 weniger benötigt als vorgesehen. Zu erwähnen sind die Minderaufwendungen für Anwendungen für Verwaltungssysteme (-45 TEUR), Zeit- arbeitskräfte (-36 TEUR), Büromaterial (-37 TEUR), Porto (-40 TEUR), Marketing (-90 TEUR), Anzeigen (-30 TEUR), Gebäude und Geschäftsausstattung (-174 TEUR) sowie Abschreibungen und Verluste auf Forderungen (-90 TEUR).

Als Mehraufwendungen sind zu nennen Aufwendungen für Rechtsberatungen (+ 37 TEUR), Mahn- und Beitreibungskosten (+27 TEUR), Gutachten für interne Zwecke (+21 TEUR) sowie Wartungsverträge Software (+37 TEUR).

Pos. 12 - Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens

Plan	384 TEUR
<u>IST</u>	<u>317 TEUR</u>
Abweichung	- 67 TEUR

Das niedrige Zinsniveau führte gegenüber dem Planansatz zu geringen Zinserträgen.

Pos. 13 - sonstige Zinsen und ähnliche Erträge

Plan	3 TEUR
<u>IST</u>	<u>1 TEUR</u>
Abweichung	- 2 TEUR

Auch hier hat das niedrige Zinsniveau die Erträge beeinflusst.

Pos. 15 – Zinsen und ähnliche Aufwendungen

Plan	621 TEUR
<u>IST</u>	<u>592 TEUR</u>
Abweichung	- 29 TEUR

Es ergibt sich ein etwas geringerer Zinsaufwand als geplant.

Pos. 22 – Entnahmen aus Rücklagen

Plan	9.401 TEUR
<u>IST</u>	<u>9.401 TEUR</u>
Abweichung	0 TEUR

Pos. 23 – Einstellungen in Rücklagen

Plan	2.065 TEUR
<u>IST</u>	<u>2.065 TEUR</u>
Abweichung	0 TEUR

VII. Erläuterungen der wesentlichen Abweichungen vom Plan- zum Istwert der Finanzrechnung

Pos. 1 - Jahresergebnis ohne außerordentliche Posten

Plan	- 7.336 TEUR
<u>IST</u>	<u>- 7.359 TEUR</u>
Abweichung	- 23 TEUR

Wir verweisen auf die Ausführungen zu "VI. Erläuterungen der wesentlichen Abweichungen vom Plan- zum Istwert der Erfolgsrechnung".

Pos. 2 - Veränderungen Anlagevermögen

Plan	673 TEUR
<u>IST</u>	<u>608 TEUR</u>
Abweichung	- 65 TEUR

Die Abschreibungen fielen um TEUR 65 geringer als geplant aus, u. a. im Bereich der Betriebs- und Geschäftsausstattung.

Pos. 3 - Veränderungen der Rückstellungen, Rechnungsabgrenzung

Plan	1.001 TEUR
<u>IST</u>	<u>60 TEUR</u>
Abweichung	- 941 TEUR

Durch die Neufassung des § 253 HGB für die Berechnung der Pensionsrückstellungen ergibt sich im Wesentlichen die Abweichung zum Planansatz.

Pos. 6 - Veränderung der Vorräte, der Forderungen aus Beiträgen, Gebühren, Entgelte und sonstiger Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva

Plan	0 TEUR
<u>IST</u>	<u>607 TEUR</u>
Abweichung	+ 607 TEUR

Planmäßig ist von keiner Veränderung gegenüber dem Vorjahr ausgegangen worden, so dass sich 2016 die geringeren Forderungen aus Beiträgen, Gebühren und Entgelten mit TEUR 507 bei gleichzeitigem Abbau der sonstigen Vermögensgegenstände mit TEUR 100 mit einer Veränderung von insgesamt TEUR 607 ausgewirkt haben.

Pos. 7 - Veränderung der Verbindlichkeiten, sonstige Passiva

Plan	0 TEUR
<u>IST</u>	<u>- 385 TEUR</u>
Abweichung	+ 385 TEUR

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sind um TEUR 250 und die sonstigen Verbindlichkeiten um TEUR 135 gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen.

Pos. 10 – Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens

Plan	5 TEUR
<u>IST</u>	<u>1 TEUR</u>
Abweichung	- 4 TEUR

Die Verkaufserlöse fielen geringer aus.

Pos. 11 – Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen

Plan	- 4.507 TEUR
<u>IST</u>	<u>- 3.162 TEUR</u>
Abweichung	+ 1.345 TEUR

Für die Baumaßnahmen Erweiterung GLW Neuwied sowie Neubau Bad Kreuznach ergaben sich Verzögerungen, so dass in 2016 geringere Auszahlungen erforderlich waren.

Bei der pauschal veranschlagten Betriebs- und Geschäftsausstattung wurden TEUR 39 weniger verausgabt.

Pos. 13 – Auszahlungen für Investitionen des immateriellen Anlagevermögens

Plan	- 111 TEUR
<u>IST</u>	<u>- 8 TEUR</u>
Abweichung	+ 103 TEUR

Der Erwerb von verschiedenen geplanten Softwarelizenzen, wie z. B. Notes Reisekosten oder Display 70-Videokonferenz wurden verschoben. Auch für die Weiterbildungssoftware „Chamaeleon / ofcourse“ wurden geringere Mittel in Anspruch genommen.

Pos. 14 – Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens

Plan	12.882 TEUR
<u>IST</u>	<u>11.960 TEUR</u>
Abweichung	- 922 TEUR

Aus den Finanzanlagen wurden weniger Mittel als geplant für die Baumaßnahme Bad Neuenahr-Ahrweiler und Neuwied entnommen.

Pos. 15 – Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen

Plan	- 80 TEUR
<u>IST</u>	<u>- 88 TEUR</u>
Abweichung	- 8 TEUR

Die Ausschüttung des UkdW Fonds lag über dem Planansatz.

VIII. Ergänzende Angaben und Angaben zu Organen**Haftungsverhältnisse**

Die IHK Koblenz ist als Hauptmieter der Räume für den Gastronomischen Bildungszentrum Koblenz e.V. (Untermieter) ab 1. Januar 2014 ausgeschieden und hat eine Patronatserklärung für den Gastronomischen Bildungszentrum Koblenz e.V. gegenüber dem Vermieter für die ersatzweise Erfüllung künftiger Mietverpflichtungen in den Jahren 2014 - 2023 bei einer Jahresmiete von brutto TEUR 168 übernommen.

Die Industrie- und Handelskammer Koblenz ist Mitglied im Deutschen Industrie- und Handelskammertag e. V., Berlin, (DIHK). Nach § 20 der Vereinssatzung steht der IHK Koblenz bei Auflösung des Vereins das nach Erfüllung der Verbindlichkeiten verbleibende Vermögen des DIHK anteilig im Verhältnis der Beiträge der letzten fünf abgeschlossenen Geschäftsjahre zu. Übersteigen die Verbindlichkeiten das Vermögen, ist im gleichen Verfahren ein Schlussbeitrag zu leisten.

Der DIHK weist zum 31.12.2016 bei einer Bilanzsumme von 141,0 Mio. EUR ein Eigenkapital von 55,5 Mio. EUR aus. Bei der Erstellung der Bilanz des DIHK wurde vom Wahlrecht nach Artikel 28 EGHGB Gebrauch gemacht und Pensionszusagen, die vor dem 01.01.1987 entstanden sind, nicht passiviert. Dadurch sind Verpflichtungen in Höhe von 26,8 Mio. EUR nicht in der Bilanz zum 31.12.2016 angegeben. Die bilanzierten Pensionsverpflichtungen in der Bilanz betragen per 31.12.2016 57,0 Mio. EUR.

Der durchschnittliche Beitrag der IHK Koblenz zum DIHK belief sich in den letzten fünf Jahren auf rund 1,53 % des gesamten Beitragsaufkommens des DIHK.

Sonstige Angaben

Die Jahresabschlussprüfung erfolgte durch die Rechnungsprüfungsstelle für die Industrie- und Handelskammern. Das Honorar für die Abschlussprüfung wird im Wege eines Umlageverfahrens erhoben. Berechnungsgrundlage des Umlageverfahrensanteils ist der Durchschnitt des in den letzten drei Jahren angefallenen Stundenaufwands für diese Tätigkeiten je IHK am Gesamtaufwand. IHK übergreifende Gemeinschaftsleistungen werden durch Grundbeiträge sowie andere Bestätigungsleistungen und sonstige Leistungen mittels Tages- und Stundensätzen abgerechnet. Die jeweiligen Honorare enthalten anteilige Gemeinkosten und unterliegen dem Kostendeckungsprinzip.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Neben den in der Bilanz ausgewiesenen Verpflichtungen bestehen berichtspflichtige sonstige finanzielle Verpflichtungen aus Mietverträgen für Immobilien mit einer Restlaufzeit von 3 bis 156 Monaten von TEUR 851 sowie aus Mietverträgen für Kopierer, Drucker, sonstige ähnliche Hardware und Wartungsverträgen mit einer Restlaufzeit von 11 bis 95 Monaten und einer Gesamtverpflichtung von TEUR 238.

Die Vollversammlung hat am 6. Dezember 2016 im Rahmen einer rückwirkenden Änderung der Wirtschaftssatzung 2013 eine Beitragsrückerstattung für 2013 beschlossen, die mit der Veranlagung für 2017 zur Abrechnung kommt. Das im Wirtschaftsplan 2017 dafür vorgesehene Volumen beläuft sich auf TEUR 6.075.

Die Personalübersicht der IHK Koblenz stellt sich wie folgt dar:

Personalstand	Ist Vorjahr 2015		Ist Berichtsjahr 2016	
	Kapazität	Gehälter in T€	Kapazität	Gehälter in T€
<i>Kernpersonal</i>				
Führungskräfte	16,0	1.433	16,0	1.492
Wissenschaftliche Mitarbeiter	21,9	1.147	19,2	1.147
Sachbearbeiter, Assistenz und technische Mitarbeiter	103,2	4.333	105,8	4.442
Summe	141,1	6.913	141,0	7.081
<i>Sonstige</i>	---	0	---	0
Mitarbeiter für Projekte u. ä.	---	0	1,1	33
Personalgestellung	---	0	---	0

Gesamtsumme	141,1	6.913	142,1	7.114
--------------------	--------------	--------------	--------------	--------------

davon

in Teilzeit	37	----	37	----
befristet	0	----	0	----
in ATZ aktiv	0	----	0	----

außerdem

Auszubildende	11	----	10	----
Einstiegsqualifizierung	0	----	1	----
Trainees	0	----	0	----
Praktikanten/Volontär	1	----	1	----
Mitarbeiter in Elternzeit	6	----	2	----
ATZ inaktiv	0	----	0	----
Sondereinrichtungen	0	----	0	----
Geringfügig Beschäftigte	1	----	1	----

Mitglieder des Präsidiums / Hauptgeschäftsführer im Geschäftsjahr 2016

Präsident

Manfred Sattler | Geschäftsführer
Vulkan-Beteiligungs-GmbH

Stellvertretende Präsidentin

Hildegard Kaefer | persönlich haftende Gesellschafterin
Kaefer GmbH & Co. KG

Vizepräsidenten

Dr. Lothar Ackermann | Geschäftsführer
Forschungsinstitut für mineralische und metallische Werkstoffe GmbH

Reiner Arenz | Geschäftsführer
Josef Emmerich Pumpenfabrik GmbH

Thomas Bellersheim | Geschäftsführender Gesellschafter
Bellersheim GmbH & Co. KG

Roland Bott | Geschäftsführer
Bauunternehmung Johann Bott GmbH

Uwe Laue | Vorstandsvorsitzender
Debeka Allgemeine Versicherungs AG

Rolf Löhmar | Geschäftsführender Gesellschafter
Löhmar Elektro GmbH

Rainer Runkel | Geschäftsführender Gesellschafter
Winkler und Dünnebier Süßwarenmaschinen GmbH

Susanne Szczesny-Oßing | Geschäftsführende Gesellschafterin
EWM Industry GmbH

(ab 20.01.2017 Präsidentin)



Koblenz

Starke Wirtschaft.
Starke Region.

Industrie- und Handelskammer Koblenz

Anlage1/6
Blatt 21

Hauptgeschäftsführer:

Herr Arne Rössel, Riegenroth

Stellvertretender Hauptgeschäftsführer:

Herr Bertram Weirich, Lahnstein

Eine Übersicht der Mitglieder der aktuellen Vollversammlung ist auf unserer Homepage „ihk-koblenz.de“ einsehbar. Hierauf wird aus Gründen der Übersichtlichkeit des Abschlusses hingewiesen.

Koblenz, 30. Juni 2017

Industrie- und Handelskammer
Koblenz

Die Präsidentin
gez. Susanne Szczesny-Oßing

Der Hauptgeschäftsführer
gez. Arne Rössel